

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Mittwochs ausser Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 5/8, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

Subscriptionen werden angenommen für alle Länder. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon Nr. 461.

Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.

Telephon Nr. 461.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 52.

Dienstag, den 3. März 1903.

14. Jahrgang.

Erierer Heinzemoral.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Montag die Interpellation der Nationalliberalen wegen der Erierer Schulvorgänge verhandelt. Es war ein Tag erster Ordnung. In der Saale waren etwa drei Viertel der Abgeordneten versammelt. Oben auf den Tribünen war kein Platz mehr. Ein elegantes Herren- und Damenpublikum war da oben versammelt, in der Hofloge hatte die Kaiserin mit dem Hausminister Graf Wedell Platz genommen. Man kennt das Interesse der Kaiserin für kirchliche und konfessionelle Angelegenheiten, aus dem das unermutete Erscheinen im Parlamente zu erklären ist.

Die Interpellation der Nationalliberalen hatte folgenden Wortlaut:
„Hat die königliche Staatsregierung Kenntnis davon genommen, daß die katholische Geistlichkeit in Trier im Anschluß an einen Erlass des dortigen Bischofs von der Forderung der Erklärung verleiht, welche katholischen Eltern, deren Kinder in staatliche höhere Mädchenschule in Trier besuchen, mit kirchlichen in Rücksicht auf den Schulbesuch?“

Die Interpellation wurde von dem nationalliberalen Abgeordneten Hadenberg begründet. Herr Hadenberg ist protestantischer Geistlicher und Kreisschulinspektor im Regierungsbezirk Trier. Er ist ein hervorragend befähigter Redner, und wenn der Anfang seiner Rede auch etwas akademisch-trocken war, so wurde er doch allmählich wärmer, und seine von allem Pathos erfüllten Schlussführungen übten zweifellos große Wirkung. Er schließt mit folgenden Worten:

Die Auffassung von der königlichen Staatsregierung von der Schule ist diametral der der katholischen Kirche entgegengesetzt. (Sehr richtig, links.) Wir erwarten von der königlichen Staatsregierung eine Erklärung, daß sie ihrerseits unter keinen Umständen willigt, von ihren Schulanstalten irgend etwas vorzuziehen. (Sehr richtig, links.)

Das Vorgehen des Bischofs ist ein Eingriff, aber es ist ein Eingriff. Unter einem solchen Vorgehen müßte die Staatsregierung Verantwortung nehmen, ihren ganzen Standpunkt in der Schulpolitik klarzustellen zu wollen. Ich bin der Meinung, daß die Regierung etwas mitleidig an dem Vorgehen des Bischofs ist. Durch die Barth'sche, durch die Freund'sche Erklärung, die sie gegen derartige Übergriffe bisher zur Schau getragen hat. (Sehr Zustimmung bei den Linken.) Die Staatsregierung ist jetzt von der Periode des Schwagens in die Periode des Bedenkens übergegangen. Mit liegt es fern, in konfessioneller Beziehung irgendwie Maß zu fassen. (Lachen im Saal.) Es ist oft anerkannt worden, daß sich die katholische Kirche nirgends so gut befindet wie in Preußen. Es soll der Ruhm in unserem Vaterlande bleiben, daß unter der Krone der Hohenzollern jeder nach seiner Façon selbigen werden kann. (Sehr Beifall bei den Linken.) Wir erwarten, daß die königliche Staatsregierung eine Antwort geben wird, die Beruhigung im Lande schafft, eine Antwort, die ein ehrliches Vorgehen der Ministerialen und nicht bloß macht. Sollten wir uns getäuscht sehen, so haben wir unsere Pflicht und Schulpflicht getan.

Der Kanzler hatte sich schon vorher zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärt. In seiner Antwort, die er dem Interpellanten gab, bedauerte er zunächst lebhaft den

Vorstoß des Erierer Bischofs Korum, bald aber sprach er so versöhnlich und schwächlich, wie das von einem Ministerpräsidenten, der als höchsten Ehrgeiz ansieht, überall die mittlere Linie zu finden, nur erwartet werden konnte. Um bei den Ultramontanen nicht allzusehr anzustoßen, mußte auch Herr Hadenberg sein Teil abgeben. Bülow führte aus:

„Ich muß zunächst meinem tiefen Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, wie der Bischof von Trier durch sein Vorgehen den konfessionellen Frieden gefährdet hat (Bravo! b. d. Natl.), den aufrecht zu erhalten das ehrliche und bis jetzt erfolgreiche Streben der königlichen Staatsregierung gewesen war. Mein Bedauern ist um so lebhafter, als bis zu diesem plötzlichen Vorstoß der Bischof von Trier weder mir, noch dem Herrn Kultusminister gegenüber wegen der Erierer Schulverhältnisse irgend welche Schritte getan hatte. (Wort! Wort! b. d. Natl.) Auch daran möchte ich erinnern, daß meines Wissens weder im Plenum noch in der Kommission dieses hohen Hauses über das Lehramts-Seminar und über die staatliche höhere Mädchenschule irgend welche Beanstandung erhoben worden war. Die Staatsmittel wurden regelmäßig anstandslos bewilligt. Das Vorgehen des Herrn Bischofs in Trier war um so auffälliger, als auch ihm bekannt sein mußte, daß ich es als meine Pflicht betrachte, Gerechtigkeit zu üben gegen die Angehörigen beider Konfessionen, ohne Kleinlichkeit, ohne Gegenseitigkeit gegenüber den einen oder den anderen. Der Herr Bischof von Trier konnte nach meiner ganzen politischen Vergangenheit nicht im Zweifel darüber sein, wie wichtig ich bemüht bin — das sage ich auch gegenüber gewissen Angriffen des Vorredners — berechnete Klagen unserer katholischen Mitbürger wirksam abzuwehren. Der konfessionelle Zwiespalt, welcher durch das deutsche Volk geht, nötigt uns, uns in einander zu schiden und uns miteinander einzudecken. Das ist nur möglich auf dem Boden der Toleranz, denn Feindschaften sind unversöhnlich. Wenn sich Feindschaften gegen einander aufstürmen, ist keine Verständigung möglich. Prinzipielle Gegensätze müssen und sollen ausgeglichen werden auf geistigem Gebiet, mit geistigen Waffen. Wir müssen darnach trachten, miteinander auszukommen. Wenn auf der einen Seite der Herr Bischof von Trier und auf der anderen Seite der Herr Vorredner die Forderung übernehmen würde, so würden wir uns woran wieder im Kulturkampf befinden. (Sehr Wohl! b. d. Natl.) Wir können Preußen nicht so reaktieren, daß wir nur Protestanten oder nur Katholiken haben. Wir müssen dem konfessionellen Zwiespalt entgegen im Zeichen der Gerechtigkeit, von Seiten des Staats durch eine objektive Geschäftsführung, von Seiten der Konfessionen durch gegenseitige Duldsamkeit und durch Achtung der Rechte und der Würde des Staats. Das hat leider der Bischof von Trier außer acht gelassen, als er eine so schroffe Form wählte, welche das Zustandekommen einer Verständigung im hohen Grade zu erschweren geeignet war. Es liegt im Interesse des Staates, die Interessen in der Diözese Trier zu befriedigen. Vor allem muß die Staatsregierung erwarten, daß der Bischof von Trier sein Verhalten zurücknimmt. (Sehr Zustimmung links.) Nach dem Vorgehen des Bischofs ist die Regierung nicht in der Lage, die Angelegenheit mit ihm direkt zu erörtern. Sie hat vielmehr den königlichen Gesandten bei der päpstlichen Kurie aufgegeben, die Aufmerksamkeit der Kurie auf das Vorgehen des Bischofs von Trier zu lenken. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Kurie dafür sorgen wird, daß dieser Zwischenfall ohne weitere für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche störende und für die Allgemeinheit schädliche Folgen bleiben wird.“

Der Vorwurf des Grafen Bülow, Herr Hadenberg habe kulturkämpferisch gesprochen, war so unberechtigt wie möglich, und man kann nur annehmen, daß der Ministerpräsident sich auf eine kulturkämpferische Rede des Interpellanten vorbereitet hatte, die dieser nicht hielt. Aus der Rede des

Grafen Bülow ging tatsächlich hervor, daß preussischerseits Schritte bei der Kurie unternommen sind, um den Streit zu schlichten.

Nach dem Graf Bülow sprach der Kultusminister Dr. Studt. Er legte die Verhältnisse in den päpstlichen höheren Mädchenschulen objektiv dar und raffte sich zu einer etwas energischeren Abwehr auf, als es Graf Bülow für gut befand. Mit den Schlussworten, in denen er namens der Regierung verkündete, daß sie einen ihr aufzunehmenden Kampf mit der katholischen Kirche mit der Festigkeit aufnehmen werde, die zur Wahrung wichtiger Lebensinteressen und zur Sicherung des konfessionellen Friedens unbedingt notwendig ist, konnte man sich einverstanden erklären.

Mit der Begründung und der Beantwortung der Interpellation durch die Regierung war das Hauptinteresse an den Verhandlungen eigentlich erschöpft, die Debatte brachte nicht mehr allzu viel neue Momente.

Das Inkam schied zwei Redner vor, den Prälaten Dittich und den Landtagsabgeordneten für Trier Rocca. Beide suchten die Schulverhältnisse in Trier als ganz schauerhaft hinstellen, sie verurteilten das Verhalten des Bischofs Korum und bürdeten alle Schuld auf die Aufsichtsbehörden und die Regierung. Aber selbst Herr Dittich mußte zugestehen, daß Herr Korum eine etwas ungewöhnliche Form der Belegung seiner Kirchenschulen gewählt hat.

Eine temperamentvolle Rede hielt der nationalliberale Abgeordnete Dr. Friedberg. Er kritisiert scharf das Vorgehen der Regierung in Bezug auf die mit der römischen Kurie eingeleiteten Verhandlungen und nahm seinen Parteigenossen Hadenberg gegen den Vorwurf kulturkämpferischer Anwandlungen sehr energisch in Schutz.

Noch temperamentvoller sprach der freisinnige Dr. Barth. Er geißelte mit Recht die auch hier wieder zu Tage getretene Schwäche der Regierung, die Bescheidenheit ihres Auftretens gegenüber den maßlosen Propagandaaktionen der römischen Kurie. Wie Herr Friedberg hält auch Dr. Barth nicht viel von den Verhandlungen in Rom. Solche Verhandlungen hätten schließlich immer noch mit einem Triumph der römischen Kirche geendet. Herr Barth verlangt unter dem Beifall der gesamten Linken wirkliche Parität, nicht eine Parität, bei der die 2/3 Protestanten gegenüber dem 1/3 Katholiken benachteiligt seien.

Die beiden konservativen Parteien und die freisinnige Volkspartei gaben kurze Erklärungen zur Sache ab. Graf Bülow sprach für die Konservativen, Dr. Müller-Sagau für die freisinnige Volkspartei. Beide Erklärungen hielten sich ungefähr die Waage. Sie waren so wenig aggressiv wie möglich gehalten. Man sah, daß die politischen Führer es mit dem Zentrum bei den Wahlen nicht verderben wollten. Einen etwas schärferen Protest atmete die vom Abg. Frhr. von Zedlitz für die freikonservativen abgegebene Erklärung.

Wohl hauptsächlich durch die Rede des Abg. Dr. Barth veranlaßt, nahm Graf Bülow noch einmal das Wort. Die zweite Rede war äußerlich geschickter als die erste. Aber die Schwäche der Regierung, die sich in allzu große Concilianz den Könligen gegenüber kundtat, konnte auch diese äußerlich geschickte Form nicht verbergen. Graf Bülow versprach sich große Erfolge von seiner Intervention am päpstlichen Stuhl. Die Zukunft wird ihn wahrscheinlich eines schlechteren belehren, und es ist leider nicht die Hoffnung vorhanden, daß er Konflikte, die, wie er sagte, im Interesse der Gesamtheit auszusechten sind, aus dem Wege gehen wird.

Ecce ego — Erst komme ich!

Roman von Ernst v. Wolzogen.

Sie drängte darauf, die verschobene Hochzeitreise doch nun anzutreten, den ganzen Winter in Italien zuzubringen. Aber entgegen, dazu sei jetzt kein Geld da, er begreife nicht, wie sie so unüberlegte Forderungen stellen könnte, sie sehe doch, daß er zu sparen, sich sogar ohne Invektive behelfe, daß er von früh bis spät auf den Beinen sei, um den Leuten auf die Finger zu sehen, mit nichts unnütze verschwende und die kostbare Zeit ausgenutzt habe. Sie müßten sich diesmal sogar der Aufenthalt in Berlin erlassen, damit seine Kasse nach den tieferen Anforderungen, welche die Neueinrichtung daran gestellt, sich wieder erholen könnte. Im nächsten Jahre vielleicht werde an eine Reise zu denken sein, wenn es ihm dahin gelänge, sich eine zweitägige Geschäftsreise heranzuziehen. Es verlangte heute es nur: sparen, sparen, sparen! Es gebe für den Haushalt unvernünftiger Weise viel drauf; aber das sei freilich kein Wunder, da sie nur immer alles vom besten haben und sich doch um die Wirtschaft nicht selber kümmern wolle. Wenn die Herrschaft mit dem Beispiel der Verschwendung vorangehe, unter anderem durch das überflüssige, wie unmaßigen Verbrauch von Petroleum, so könne man sich freilich auch nicht wundern, wenn die Köchin sich zu Gewissen daraus mache, in der Stadt noch Eier zu kaufen, und sich mit dem Ertrag des eigenen Hühnerhofes einzurichten. Und sie ihm darauf seinen starken Wein- und Bierverbrauch vorzuhalten, hatte er mit stiller Entschiedenheit erwidert, daß er, als der am arbeitende Teil, doch wohl auch das Recht habe, sich seine Belohnung nach eigenem Gefallen zu suchen. Ueberdies sei es gegenständig von größter Wichtigkeit, den Herrn Hofahl bei guter Laune zu erhalten, denn er habe mit dem ein glänzendes Geschäft vor.

Charlotte schwieg und hoffte auf das Frühjahr. Auf der Reise werden sie einander wieder näher kommen. Sie machte einen Versuch, mehr um die Wirtschaft zu bekümmern; aber die Köchin war eine dickköpfige Person mit einem unerschämten Mundwerk, die sich dem sicher fühlte, weil sie bei der alten Frau von Klinkenberg in der Gasse stand. Die Köchlein, welche nicht die Hauskonzern-äußere Wirtschaft unter sich hatte, erkannte überhaupt die Befugnis der jungen Frau, von ihr Rechenschaft zu fordern, nicht an, da sie unter dem gnädigen Herrn lebe. Charlotte wollte sich nicht durch häßliche Hänlerien mit den Diensthöfen das Leben verderben — und so fuhr sie denn fort, allabendlich einen halben Liter Petroleum zu verbrennen.

Am 2. Weihnachtstag machte Heinrich Schöberl seinen ersten

Besuch in Streben. Die Frau, welche er von seiner Schwester erhalten, hatten ihn mit schlimmen Ahnungen erfüllt, obwohl oder vielleicht gerade weil sie so selten gewesen und so kühl und vornehm abgefaßt waren. Er erwiderte, als er die Veränderung in Charlottens Äußeren gewahrt ward und beruhigte sich nicht mit der Auskunft, daß dies solche Aussehen nur vorübergehend, eine Folge der durch das schlechte Wetter erzwungenen Stubenhederei sei. Wie sie sich alle Mühe gaben, seinen Verdacht zu zerstreuen! Die Mutter und das Tantechen waren so lieb und harmlos und trübten nur den denkbar zärtlichen und aufmerksamen Gatte, der lebenswürdigem Schwager. Die Herren Hofahl und Konsorten wurden während der wenigen Tage des schwägerlichen Besuchs sorgsam ferngehalten, und nur der Oberförster und der Philosph einmal eingeladen. Auch Charlotte hinterließ sich angestrichelt, ihren Bruder zu betrüben, wenn sie sich aus nicht sonst verfüllen konnte, um von ihrer Ehe geradezu begeistert zu erscheinen. Und so reiste denn Heinrich Schöberl, wenn auch nicht überzeugt von dem Glücke seiner Schwester, so doch einigermaßen beruhigt wieder ab. Es schien auch, als hätte die Arbeit die Vorwürfe zu Herzen genommen, welche Charlotte ihm in diesen Tagen zu machen gewagt hatte, denn er zeigte sich auch noch während der Festtage und sogar darüber hinaus aufrecht lebenswürdig, häuslich und froher Laune, versicherte sie auch ausdrücklich und wiederholt seiner Liebe und wie glücklich und zufrieden er sich in ihrem Heime fühle. So war denn auch Charlotte wieder zufrieden.

Es war in der zweiten Woche des neuen Jahres. Die Statbrüder waren nach so langer Unterbrechung wieder einmal zu einer ersten Sitzung berufen worden. Herr Hofahl hatte seine Gattin mitgebracht und Charlotte lag es ob, die arme kleine Frau zu unterhalten, während drüben im Herrenzimmer, nur mit kurzer Unterbrechung durch die Abendmahlzeit, Stat „gelappt“ wurde. Die Kerne war schon wieder einmal guter Hoffnung, und Kindeslute und Sorgen bildeten den traurigen Inhalt des Gesprächs unter den Frauen. Nach dem Abendbrot legte sich Charlotte an den Flügel und spielte Frau Hofahl vor. Eine Stunde — zwei Stunden, und das immer müde, abgehegte Weib schlief darüber ein; die weichen Töne des Flügels schienen Erinnerungen aus der glücklichen Jugendzeit in ihr: Seele ausgelöst zu haben; ein schöner Traum zauderte ein wehmütiges Lächeln auf ihre abgehärteten Züge, während nach die feuchten Spuren zweier Tränen auf ihren Wangen zu bemerken waren. Die Schwiegermutter und die Tante hatten auch schon lange herumschlafend und schliefen sich nun auf den Beinen hinaus. Charlotte hob Frau Hofahl die Füße auf das Sofa, schob ihr ein weiches Kissen unter den Kopf und breitete eine Decke über sie, ohne daß sie davon aufgewacht wäre. Dann setzte sie sich wieder an den Flügel und phantasiierte eine Weile in gedämpften Akkorden, Melodien aus

ihren Lieblingswerken aneinander reihend, wie sie ihr gerade in den Sinn kamen.

Da hörte sie plötzlich, trotzdem mehrere Türen und der Korridor dazwischen lagen, der Schall eines wüthen wiederholenden Gelächters aus dem Herrenzimmer aus ihrer Träumerei auf. Sie verließ leise den Salon und schritt hüben nach dem Zimmer ihres Mannes. Ein Fingerringelung schlug ihr entgegen, so dicht, daß sie den Gatten bestaun und kaum die drei Gestalten am Tisch zu erkennen vermochte. Es war außer Herrn Hofahl diesmal ein dritter Mann ein Gutsbesitzer Hofmann zugezogen worden, von Bräutigam und Manieren noch der richtige Bauer. Der hatte nicht sobald die Hausfrau erkannt, als er, das Gelächter der beiden anderen noch überdauend, ihr entgegenstrebte: „Ich kenne mal ein, da ist die junge Frau! Kein Vergnügen ohne die Dautens.“ Immer kommen Sie ein, Frau Baronin — prost, Sie sollen leben.“ Und er erhob sich, schon etwas todelnd, von seinem Stuhle und schwenkte ihr sein Glas entgegen.

Da sprach auch der alte Herr Hofahl an und raunte mit weit ausgebreiteten Armen auf sie zu: „Ach — schändliches gnädiges — Frau Hofahl!“ Das ist ja ferne! ... kommen Sie, setzen Sie sich zu uns. Klinkenberg hat uns eben ne Geschichte erzählt — ich lach mir tot! Von Mikoschen — Klinkenberg, kennst Du Deine Frau Hofahl? Wir ha'n Bräutigam gekannt, was Arbeten? Wir müssen noch Bräutigam trinken, Frau Hofahl. Ich bin'n juter Mensch, ich habe Dich alle so lieb.“ Seine Stimme überschlug sich und er griff mit der Linken hinter sich nach dem Türpfosten, um dort einen Halt zu suchen, während er mit der Rechten Charlotten am Armel ergreifen wollte.

Sie wich ihm entrückt aus und rief laut: „Sie haben wohl vergessen, daß Sie kein Führerwert mit haben, Herr Hofahl? Es ist bald elf vorbei. Die Nacht ist finster und kalt. Ihre arme Frau ist vor Uebermüdung schon eingeschlafen. Sie sollten doch daran denken, nach Hause zu gehen.“

„Votte, was fällt Dir denn ein?“ räumte ihr Arbeter leise zu. Und Herr Hofahl grüßte: „Ach was! Nach Hause geh'n wer nich! Kommen Sie her. So jung kommt' wir nich mehr zusammen! Klinkenberg, zwer reime Gläser, meine Alle muß doch mit. Ich werde ihr mal lang sachreden uffwickeln.“ Damit schwankte er zur Thür hinaus.

Mit ein paar raschen Schritten holte ihn Charlotte draußen ein. „Ich bitte Sie“, sagte sie leise und aufgeregt, „tun Sie das nicht. Wenn Sie noch weiter trinken wollen, dann lassen Sie wenigstens Ihre arme Frau in Ruhe. Mein Mann kann Sie ja dann im Schlitten nach Hause fahren.“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Sozialdemokratie und Religion. In einem Artikel, worin sich die „Germania“ gegen die Beurteilung der französischen Sozialisten Jaures und Millerand durch den deutschen Reichskanzler wendet, schreibt das ultramontane Fraktionsorgan:

Auch selbst im Vergleich mit den deutschen Sozialdemokraten endlich erscheinen die französischen Sozialistenführer wenigstens nicht in allen Punkten als die „ruhigeren und würdigeren“ Leute. In der für die Beurteilung der französischen Sozialisten durchaus nicht hebenswürdigen Lebensfrage z. B. nehmen die deutschen Sozialisten eine unerschrocken würdigeren und vornehmeren Haltung ein, als ihre magisterlich angehauchten französischen Gefinnungsgeoffenen. Ja, sie legen speziell in dieser uns Katholiken besonders anbelangenden Frage bisher wenigstens sogar mehr Sinn für Recht und Gerechtigkeit, diesen „vornehmsten“ Grundlagen der Arbeit und besonders „gestützte“ Staatsweisen, an den Tag, als selbst die deutsche Reichs- und die preussische Staatsregierung.“

Dieses in einer Anwendung von Ehrlichkeit entschlüpfte Geständnis des führenden Zentrumsorgans verdient festgehalten zu werden für den bevorstehenden Wahlkampf, in dem natürlich die Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie wieder eine Hauptrolle spielen wird. Der Artikel befindet sich in der „Germania“ vom 27. Februar 1903, 2. Blatt.

Der Reichstag bewies am Montag, daß Geschwindigkeit keine Hegererei ist: in wenig mehr denn 2 1/2 Stunden bewältigte er den ganzen Rest des Postetats und den Etat der Reichsdruckerei noch obendrein. Der Zentrumsmann Sittart sprach für bessere Sonntagsruhe der Unterbeamten und befürwortete Summimäntel für die Briefträger. — In einer lebhafteren Debatte kam es nur, als unsere Fraktionsredner Zubeil und Singer das Wort ergriffen. Der erstere wies auf die schlechte Lage der Postkassen hin, die speziell in Berlin in der letzten Zeit sich noch verschlimmert hat. Singer aber fordert die endliche Erhöhung des Gehalts der Landbriefträger.

Arbeitgeberverbände und Innungen. Eine außerordentlich wichtige Entscheidung auf sozialpolitischem Gebiete hat, wie jetzt mitgeteilt wird, der preussische Handelsminister Möller getroffen.

Beim Entstehen der Arbeitgeberverbände in zahlreichen Zweigen des Handwerks waren einige Innungen nur allzu bereit, diesen „Kampfgemeinschaften“ gegen die Arbeitnehmer beizutreten. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob eine Innung überhaupt berechtigt sei, einem Arbeitgeberverbande beizutreten.

Der Vorstand des „Bundes deutscher Schneider-Innungen“ wandte sich an den Handelsminister Möller mit der Bitte um eine Erklärung darüber, ob diese Mitgliedschaft der Innungen bei den Arbeitgeberverbänden Bedenken unterliege oder nicht.

Die Antwort des Ministers Möller ist nun erfolgt. Sie geht dahin, daß die Innungen als solche im allgemeinen nicht zum Eintritt in einen Arbeitgeberverband berechtigt seien und daß der dennoch vollzogene Beitritt die Schließung der Innung zur Folge haben könne.

Mit Bezug auf den „Allgemeinen Deutschen Arbeitgeber-Verband für das Schneidergewerbe“ heißt es in dem Erlaß:

Dieser Verband ist seiner Bestimmung nach, wenn es auch in den Statuten nicht klar hervortritt, ein Kampfbund gegenüber den Organisationen der Arbeitnehmer. Seine Bestimmung sieht somit im Widerspruch zu § 81a Abs. 2 der Gewerbeordnung, wonach die Aufgabe der Innungen die Förderung eines gesunden Verhältnisses zwischen Meistern und Gehilfen ist. Daraus folgt noch, daß den Innungen auch Mitglieder angehören, die nicht Arbeitgeber sind und daß es eine Unbilligkeit sein würde, die von ihnen mitangebrachten Innungsämtern einen Verbande zuzurechnen, dessen Aufgabe lediglich die Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitgeber bildet.

Da die Ausführungen des Ministers über den Arbeiter-

geberverband für das Schneidergewerbe wohl auf alle Arbeitgeberverbände zutreffen, so wird es nunmehr diesen Verbänden kaum noch gelingen, ganze Innungen zur Mitgliedschaft heranzuziehen.

Habel — Bibel. Mit Bezug auf das Schreiben des Kaisers an Admiral Godmann erklärt Amtsgeschäftsrat Brandt in einem Eingeladnen im „Stab. Anz.“: „Aufgrund der heiligen Schrift und der Bekenntnisschriften unserer evangelisch-lutherischen Kirche muß ich gegen die in dem Aufsatze der Nr. 16 des Blattes vom 26. Februar 1903: „Habel — Bibel und der Kaiser“ geäußerte Bekenntnisstellung Sr. Majestät, unferster kaiserlicher Herrin, um des Gewissens willen protestieren, weil sie nicht den Christus der Schrift zum Gegenstand hat.“

Wieder ein Duell. Sonntag früh fand in Karlsruhe zwischen den Studenten Schwarz und Goldberg ein Pistolenduell statt. Goldberg erhielt einen Schuß in das Rückgrat, jedoch an seinem Aufkommen gezwungen wird. Schwarz ist angeblich aus Rattowitz gebürtig.

Das neue Anarchistenorgan, welches ursprünglich in Düsseldorf herausgegeben werden sollte, ist unter dem Titel „Anarchist“ in Berlin erschienen, da die Anarchisten in Düsseldorf keinen Drucker finden konnten.

Gekürzte Brante. Der hannoversche Eisenbahndirektionspräsident v. Gieseler, genannt Reigenstein, hat sein Abtrittskesell eingereicht. Angeblich sollen auch andere Chefs von Direktionsbezirken diese Absicht haben. Den Grund hierzu bildet, wie das „Berl. Tagbl.“ erfahren haben will, die vom Eisenbahnaminierte Badde eingeleitete „Ueberraschungs-Kommission“, die unangemeldet in den Direktionsbezirken erscheinen soll, um Missethate zu ermitteln und gegebenenfalls zu bestrafen.

Das Ziel eines Streikbroschures wurde in der Nacht zum Sonntag die Wohnung des Freiherrn v. Kleist, Chefs der Polizei in Potsdam. Herr v. Kleist hat in Potsdam eine herrliche Festschloßung eingeführt und dadurch bei seinen Beamten wenig Freude erweckt.

Für Weden haben die Nationalliberalen und Sozialdemokraten beschlossen, in allen 14 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen.

Für Baugen-Kamenz hat bisher der Antisemit Graf die Wiederannahme einer Kandidatur abgelehnt. Daraus ist der Antisemit Jannemann als Kandidat angeheißt worden. Jetzt hat nach der „Staatsbürgerl. Ztg.“ Graf wieder eine Kandidatur angenommen, und Jannemann muß zurücktreten.

Für die drei Hamburger Wahlkreise haben die Antisemiten im 1. Bezirk den Abg. Raab, im 2. einen Arbeiter Cardel, im 3. ihren Bezirkssekretär Hennig als Kandidaten aufgestellt. Der Kandidat Hennig ist dadurch wieder in Kenntnis gesetzt worden, daß er die Beizwerden über die Erweiterung der Lebensmittel in Folge der Vollstreckung auf die Erziehung der Arbeiterkassen, einen „Schwarzschuß“ zu machen, zurückzuführen gesucht hat.

Ein guter Witz. Wie berichtet wird, landtichtig Roosevelt Deutschland eine Stamme Monroe als Geschenk angeboten. Monroe ist der Mann, der den Grundstein aufgestellt hat: Amerika den Amerikanern. Eine Delegation dieser Monroebotschafter wurde von amerikanischer Seite der deutschen Reichsregierung in Washington vorgeworfen. Die Ueberbringung der Stamme Monroe in diesem Augenblicke wäre ein nicht missverständlicher Wink Amerikas an die deutsche Regierung.

Plaster auf die Wunde. Dem gegangenen Oberpräsidenten Dr. a. Winter wurde der Kronorden 1. Klasse verliehen.

Ultraschall-ärztliche Landespartei. Wie der „Erfasser“ meldet, sagte kürzlich das Zentralbüro, welches die Landes-Organisation der Ultraschall-ärztlichen Parteien in die Wege leiten sollte. Das Komitee beschloß, daß die Partei, welche gegründet werden soll, den Namen Ultraschall-ärztliche Landespartei führen soll. Die Frage des Beitritts zum Zentrum wurde durch die einleitenden Worte des Reichstagsabgeordneten Wendischer ausgeschlossen. Sie kommt nach den Wahlen wieder.

Anstalt.

Für und gegen den Papst. Im Gemeinderat der Stadt Rom ist ein Kampf zwischen den Liberalen und Konservativen ausgebrochen. Die Liberalen, 31 unter 50 Abgeordneten, verlangten die Abweisung einer Adresse an den Papst, welche dem Papst die Jubiläumsgelübde überbringt. Die Liberalen widersetzten sich dem und so gegen die Liberalen von Rom. Die Adresse ist nun eine Gegenadresse an den Papst geschrieben.

Ein Zehelbstum gegen die letzten sozialdemokratischen Minister. Millerand wegen dessen Abkündigung über Disziplinierung der Arbeiterpartei in der „Revue“ am 26. Februar.

Aus aller Welt.

Das Ereignis „Tal des Lebens“, das von der Berliner Zeitung verbreitete japanische Stück, hat, wie aus Eisenfeld telegraphisch wird, bei der Aufführung im dortigen Stadttheater vor ausverkauhter Halle einen herrlichen Erfolg erlangt.

In deutschen Höfen. Allermach übernahm die „Eis-Innungen“ und Lebensversicherer an deutschen Höfen zu einem herrlichen Erfolg zu werden. Zwar wird in dieses abgeheimlicht verfahren, aber wenig wird offenbar, um das Reichlich-Allgemeinliche des Hofes zu veranlassen vor aller Welt zu zeigen. Auch die beiden medienbursigen Großherzoginmutter hatten am 30. Jan. die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihre neuen Hofbesuche. So war es, als vor einigen Jahren der Kaiserin sich das Hofes in Potsdam-Stadt entfaltete. Diese Hofbesuche entfaltete damals unerschütterliche Gemüter mit banger Sorge. Dann wurden sie glücklichem Ende zugeführt, bis zu dem Augenblicke, wo der prächtige Esel sich wieder in höherem Reigen zu zeigen. Diesmal besuchte er Reichsburg-Schwerin. Es waren zunächst Hofbesuche, dann die hundert Bürgerlichkeit, wo genannt und gestritten wurde; jeder nicht mit dem höchsten Grade, den die Situation erforderte. Der Großherzogin Anapassia war von den Königen die Verlobung verordnet worden. Inzwischen vermochten die beiden Könige der Königin das Uebel nicht zu bannen. Genaue, eines Tages nahmen die kaiserlichen „Dresdener Nachrichten“ den Inhalt eines unheimlichen Hofbesuchs, und Kaiser des herrlichen Hofes wußte dann, daß gerade in der Stadt der weltlich Kronprinzessin diese diese Rücksicht ihren Weg in die Welt fand, einen Akt unerschütterlicher Gerechtigkeit. Das den Königen recht sein würde, dachte der Reichsbürger billig erst. Anapassia, die Königin des regierenden Großherzogs, hat sich also damit befaßt, die weltlichbursigen Hofe zu halten, ein Schicksal, der angeht, der Hofbesuche mit ihrer Stellung als Hofbesucherin. Dieser Hofbesuche bei allen diesen Hofbesuchen wurde, die in Sachsen und Thüringen Hofbesuche besonders Art zu erlösen vorgehen.

Die Verhaftung des Stadtpfarrers Bauer in Hannover erregt am Orte das größte Aufsehen, da der Gefährliche ein in aller Kirchen beliebt und hochangesehener Geistlicher war. Bauer ist mehrere Verbrechen verurteilt, denen er sich angeblich in der Kirche an jungen Mädchen schuldig gemacht haben soll. Die Verhaftung Bauers erfolgte auf Anordnung der Staatsanwaltschaft. Die erste Anzeige gegen ihn soll von einem ungeschickten Beamten erlassen worden sein. Infolge der Verhaftung Bauers wurde ein in der Provinz verstreut angelegtes Verbrechen verschoben werden.

Stocher, der sich seit Sommer im Zuge der Familie verheiratet, ein verheirateter Mann geworden. Schon vor einigen Wochen hatte er bei ihm ein Herz ergriffen, der ihn für diese Liebesanbahnung dankt. Dieses Liebesanbahnung habe Angebot für die unheimliche Liebesanbahnung im Winter 1899, und er ging auf den Hofbesuch nicht ein, auch nicht als ihm das Angebot ein zweites Mal wiederholt wurde. Und wieder 1899 hat er. Das wußte er, was die Liebesanbahnung wäre, und er wollte sich in einem Antiquitätenhändler zu dem wahren Wert. Er erwarb zu seinem Gutmütigen, daß er ihn zu einem Peter Zeile. Er ist heute ein Mann mit dem Charakter von dem Preis von 1000 Pfund Sterling gleich 80,000 Mk. in der Welt des Reichlichen Hofes in London abgegangen.

Dresdener Sozialisten. Der Reichstag hat die letzten sozialdemokratischen Minister Millerand wegen dessen Abkündigung über Disziplinierung der Arbeiterpartei in der „Revue“ am 26. Februar.

Schiffverheerung. In einer der letzten Nächte ist eine große Zahl in der Nähe von London verheert und mit Wasser und Rauch untergegangen. Man vermutet, daß es ein deutsches Schiff gewesen ist. Ein Rettungsboot, das aus dem verheerten Schiff war, ist von dem Kapitän Kommandant, von dem der Kapitän g. sprachen abgehoben. Kapitän ließ sich nicht retten.

Der in Hamburg angelegte englische Dampfer „Clavering“ ist am 28. Februar einen auf hoher See in einem Boot befindlichen Mann. Der Kapitän, welcher 24 Stunden in dem Boot verweilt hat, hat sich am 28. Februar in dem Hafen von London verabschiedet. Der Kapitän hat sich am 28. Februar in dem Hafen von London verabschiedet. Der Kapitän hat sich am 28. Februar in dem Hafen von London verabschiedet.

Ein Verbrecher als — Zerknirschter. In der Wohnung des Directors der Anglo-italienischen Bank in Budapest, L. A. S., richtete ein Verbrecher ein Verbrechen und einer derselben machte der Frau des Directors die unheimliche Mitteilung, daß ihr Ehemann ermordet worden sei. Der Verbrecher hat sich am 28. Februar in dem Hafen von London verabschiedet.

Ein Verbrecher als — Zerknirschter. In der Wohnung des Directors der Anglo-italienischen Bank in Budapest, L. A. S., richtete ein Verbrecher ein Verbrechen und einer derselben machte der Frau des Directors die unheimliche Mitteilung, daß ihr Ehemann ermordet worden sei. Der Verbrecher hat sich am 28. Februar in dem Hafen von London verabschiedet.

meldet wird, der sozialistische Verband in Paris (welcher?) am Sonntagabend mit 75 gegen 55 Stimmen angenommen. Millerand's Ausfall aus der Partei wurde mit 72 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

Nachwahlen zur französischen Kammer haben gestern stattgefunden und erneut den Beweis erbracht, daß das radikale Kabinett das volle Vertrauen des Landes besitzt. Es wurde in Antibes Francois Lagay, Kandidat der Republikaner, gewählt anstelle des zum Senator gewählten Finanzministers Rouvier. In Vapaliss wurden Regnier (sozialistischer Kandidat), in Moissac Arnaud (Nationalist) und in Moulins Minier (sozialistischer Kandidat) gewählt.

Also sind von vier Wahlen drei regierungsfreundlich ausgefallen.

Der sozialistische Bürgermeister von Kopenhagen, An der Hauptstadt wird vom 1. März gemeldet: Die hiesigen sozialistischen Fachvereine bereiten eine kolossale Demonstration für morgen Abend mit Fackelzug und Musikcorps vor, womit sie den von sozialistischen Stadtverordnetenmehrheit gewählten ersten sozialistischen Bürgermeister Kopenhagens vom Rathaus abholen werden. Die Wahl findet morgen Abend 9 1/2 Uhr statt. Die Demonstration ist die Einleitung einer kräftigen Wahlkämpfe für die bevorstehenden kommunalen und Reichstagswahlen.

Der schwedische sozialistische Jugendbund hielt am 21. und 22. Februar seinen vierten Kongress in Stockholm ab. Aus dem Vorstandsbericht ging hervor, daß der Bund, der im Jahre 1901 in 15 Klubs 500 Mitglieder hatte, jetzt 17 Klubs mit zusammen 89 Mitgliedern zählt. Es bestehen aber außerdem noch eine große Anzahl solcher Klubs, die noch nicht dem Bunde angeschlossen sind, so daß die Gesamtzahl der Mitglieder der sozialistischen Jugendorganisationen Schwedens ungefähr 2000 beträgt.

Deutscher Reichstag.

271. Sitzung, Montag, den 2. März. — 1 Uhr.

Am Bundeskanzler: Kraetzke.

Präsident Graf Ballestrem gratuliert im Namen des Hauses unter lebhaftem Beifall dem Abg. v. Winterfeld-Menzel (konf.) dessen Platz mit einem großen Blumenstrauß geschmückt ist, zu seinem 30. Geburtstag.

Die zweite Lesung des Postetats wird fortgesetzt beim Kapitel „Betriebsverwaltung“.

Nach unerheblichen Erörterungen zwischen dem Abg. Gieseler (freil. Vp.) und dem Staatssekretär Kraetzke über die Verleihung des Titels „Rechnungsrat“ an Postbeamte erklärt Abg. Reuzmann (freil. Vp.), daß zwar nicht der Staatssekretär des Reichspostamts, wohl aber der Reichspostsekretär die nicht gehaltene Versprechen in Bezug auf die Postassistentenstellen abgegeben habe.

Staatssekretär Kraetzke bestreitet die bindende Natur dieser Versprechens.

Abg. Sittart (Zentrum) tritt für erhöhte Sonntagsruhe für die Postunterbeamten ein und bittet um Summimäntel für die Briefträger.

Staatssekretär Kraetzke sagt unklare Verlässlichkeit der vorgeschlagenen Wünsche zu.

Abg. Gieseler (freil. Vp.): Die Beamten selbst sind anderer Meinung als Herr Singer über die goldenen Fäden und Schnüre; ich möchte daher den Herrn Staatssekretär bitten, mich ihre Verleihung so liberal wie möglich vorzugeben, auch nicht Leute wegen früher erlittener kleiner Ordnungstrafen davon auszuschließen. Redner regt an, daß die Postverwaltung sich im Zusammenhang mit der Verleihung von Beamten menschenwürdige Wohnungen zu verschaffen. (Beifall.)

Staatssekretär Kraetzke bestreitet, eine Verleihung erlassen zu haben, durch die Postkassen schlechter als bisher gestellt worden sind und tritt mehreren weiteren Beschwerden des Vorredners entgegen.

Abg. Singer (Soz.): Ich glaube, im Namen des ganzen Reichstags zu sprechen, wenn ich der Hofmanns Nachdruck gebe, endlich das Anfangsgehalt der Landbriefträger von 700 auf 800 Mk. erhöht wird. (Beifall.)

Das Kapitel wird hierauf bewilligt.

Bei „Stellenzulagen“ begrüßt Abg. Gieseler (freil. Vp.) die Verbesserung der Stellenzulagen für Oberpostassistenten und Obertelegraphenassistenten und hofft, daß darin fortgesetzt werden. Beim Titel „Postagenten“ teilt Staatssekretär Kraetzke mit:

Die Polizei beobachtet über den Fall einweilen noch Stillschweigen.

Bei sehr heftigem Nordweststurm wurde am Sonntagabend in Havre zur Zeit der Mut der Stadt St. Francois unter Wasser geleitet. Der Sturm hielt zwei Stunden an, dann trat Windstille ein. Mit Eintritt der Ebbe wich das Wasser aus den Straßen. Der Dampfer „Breague“ konnte nicht auslaufen. — Während eines Sturmes kenterten nach einer Weile aus Dungenburg (New-Mexico) zwei Fischerboote. Die Befragung des einen Bootes, in dem Mann, hat erbracht, von der des anderen Bootes erkrankten der Mann, während zwei getretet wurden.

Ein Brand, der die ganze Stadt Sanitar Neu-Schottland bedrohte, brach Sonntagabend gegen Abend aus. Eine Fabrikanlage von 12 Gebäude sind zerstört. Der Schaden wird auf 250,000 Dollars geschätzt.

Ein neuer Skandal. In Breslau, der Hauptstadt der Provinz, wo die Pfaffen die Herrschaft über die Massen noch vollständig in der Hand haben, sind zwei fromme Brüder der dortigen christlichen Schule wegen unzüchtlicher Handlungen, begangen an ihren Schülern, verurteilt worden. Der Vater eines der Schüler hatte Anzeige erstattet; der Direktor der Schule verurteilte ihn zur Zurücknahme der Anzeige zu veranlassen. Der Beschuldigte war entlassen, wurde aber von der Polizei ergriffen. Eine Anzahl Schüler ist von dem Untersuchungsrichter vernommen worden und es ist fest, daß noch mehr der gefährlichen Herren beteiligt sind. — Die Bewegung unter der Bevölkerung in West ist eine sehr große; am 26. Februar fand eine Demonstration vor dem Rathaus statt, an der gegen 3000 Personen beteiligt waren. Gegen die Brüder wurde keine Klage erhoben, obwohl die Bretagne die römische Gegenstande ist.

In der Pariser bayerischen Gesandtschaft wurde ein Diebstahl verübt, der zweifellos einem seit Jahren verschwandenen Privatbeamten des Geschäftsträgers, Frh. v. Guttenberg, einen Schweizer, Namens Schmitz, der demnach den Dienst verläßt, zur Last fällt. Gestohlen wurden 5200 Frk. Privatgelder und 200 Frk. für Unterpfandzwecke bereitliegende Gelder, ferner 1000 Frk. Wertpapiere oder Schriftstücke.

Ganz Verhöhnungen ist vom Hochwasser heimgesucht, da der Oberrhein und seine beiden Quellflüsse Aargau und Rheingebirge angetreten sind. Hunderte Personen mußten die Häuser verlassen oder nach höher gelegenen Stellen flüchten. In Elsaß stehen 56 Fabriken still, wovon über 38,000 Arbeiter zeitweilig beschäftigungslos sind. Im allgemeinen geht der Wasserstand zurück; auch ist in Wehring (West-Bayern), wo das Wasser das Dorf noch heilt, die Lage gefährlich. Es wird befürchtet, daß auch dort die Fabriken den Betrieb einstellen müssen.

mit, daß in Einzelfällen an in Not geratene Postagenten eine jährliche Unterstützung bis zu 250 Mk. gewährt werde.

Der Titel wird darauf bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Ordinariums.

Beim Extraordinarium hat die Kommission von den 390 500 Mk., die als zweite Rate für die Erweiterung eines zu Postzwecken bestimmten Grundstückes am Schlesienschen Bahnhof in Berlin...

Staatssekretär Kraetke: Es ist mir nach der Monierung seitens der Budgetkommission gelungen, eine Ermäßigung um 235 000 Mark zu erzielen.

Abg. Eichhoff (fr. Wp.) stellt in seiner Eigenschaft als Kommissionsberichterstatter den entsprechenden Antrag.

Abg. Singer (Soz.): So sehr ich mich auch über die Erklärung des Herrn Staatssekretärs freue, so muß ich doch bitten, es bei dem Vorschlag der Kommission bewenden zu lassen.

Staatssekretär Kraetke: Der Rat des Herrn Vorredners ist ganz gut, aber leider nicht immer durchführbar; das Schlimme ist eben, daß das Publikum nur zu gut weiß, wo wir Terrain nötig haben.

Abg. Singer (Soz.) regt an, erforderlichenfalls die Terrains im Wege des Expropriationsverfahrens zu erwerben, um Ueberforderungen der Besitzer zu entgegen, die die Zwangslage der Verwaltung in eigenartigem Interesse ausbitten wollen.

Der Rest des Extraordinariums wird debattelos bewilligt.

Staatssekretär Kraetke den Wunsch des Abg. Bleil (Freis. Wp.) auf Postfreiheit für Korrespondenzen der Handelskammern und auf Einführung der württembergischen Postanweisungen für das Reich ab, stellt aber eine Verbilligung der Fernspreckgebühren nach Holland in Aussicht.

Die Einnahmen werden bewilligt. Damit ist der Postetat erledigt.

Der Etat der Reichsdruckerei wird ohne Debatte bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Invaliden-Petitionen. Wachs-Invalidenfonds. Etat des Reichseisenbahnamtes. - Schluß 3 1/2 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Der Unterzeichnete ist veranlaßt worden, über einige Fragen seiner Meinung abzugeben, die seit längerer Zeit größere Kreise der Partei beschäftigen und eine Stellungnahme des Vorstandes nötig machen.

1. Kann es mit dem Interesse der Partei für vorübergehendes Verzicht werden, daß Parteigenossen als Redaktoren oder Mitarbeiter in bürgerlichen Presseunternehmen tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei geistige oder hässliche Kritik geübt wird?

Antwort: Nein!

2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft?

Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen.

Im Interesse der Partei sowohl, wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß der letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil sich die früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen.

Berlin, den 2. März 1903. Der Parteivorstand.

Für unser Magdeburger Parteiblat wird wieder einmal eine Vorzei-Aktion unternommen. Bekannt ist, daß schon in den Jahren 1897 und 1898 die Buchhandlung der „Vollstimme“ lange Zeit dolgeltig bewacht wurde.

Arbeiterbewegung.

Die organisierten Maurer Leipzigs beschloßen in einer Versammlung, aus den Mitteln ihres lokalen Unterstützungsfonds 5000 Mk. an die sozialdemokratische Partei zur Reichstagswahl abzugeben.

Lokales und Provinziales.

Stettin, den 2. März.

Der Sozialdemokratische Verein beschäftigte sich in seiner gestrigen Mitgliederversammlung, die sich eines zahlreichen Besuchs erfreute, in der Hauptsache mit der Organisation der Bezirksabteilung.

Genosse Schneider meint es seien zu viel Bezirke. Es sei notwendig, daß auch wirklich pflichttreue Genossen als Vertrauensleute gewählt würden.

das vorgeschlagene Projekt. Genosse Weigelt fragt an, was die Bezirksführer tun sollten. Es seien zu wenig Bezirke. Genosse Jahnel giebt einige Winke. Genosse Friedrich will die 10 Prozent von den Einnahmen bei der Bezirksfesterung gestrichen wissen.

Achtung, Bezirksführer! Im März findet keine Zusammenkunft der Bezirksführer mehr statt.

Gegen Genossen Bruhns verhandelte heute Dienstag die erste Strafkammer des Breslauer Landgerichts wegen Beleidigung von Schutzleuten durch einen Sozialartikel der „Volkswacht“.

Genosse Bruhns wurde durch einen Aufseher aus dem Gefängnis zur Verhandlung vorgeführt.

Die Verhandlungen des Parteitagess der Freisinnigen Volkspartei für Schlesien sind ohne erhebliches Interesse für die Öffentlichkeit. Als freisinnige Kandidaten sind aufgestellt: Goldberg-Haynau-Liegnitz, Justizrat Pohl; für Jauer-Bolkshain der bisherige Vertreter Dr. Hermes; für Löwenberg wiederum Viktor Kopych; für Sagan-Sprottau der bisherige Abg. Dr. Müller; für Hirschberg-Schönau anstelle Kells Rechtsanwalt Klabl in Hirschberg.

Vohubewegung im Steinarbeiterberuf. Hiesige bürgerliche Blätter wissen aus Bunzlau zu berichten: Im hiesigen Sandsteindistrict, der die Orte Bunzlau, Warthau, Pochenau, Reudorf, Pagnitz, Radwin und Löwenberg umfaßt, ist dadurch eine Vohubewegung in Aufbruch gekommen, daß die Unternehmer den bis zum 1. März d. J. gültigen Logentarif im Dezember v. J. gekündigt und den Arbeitnehmern einen neuen Tarif vorgeschlagen haben.

Die Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 5. März, fällt aus.

Zu den Reichstagswahlen. Im Wahlkreise Ohlau Rimpfisch-Strehlen haben die Konservativen und der Bund der Landwirte, der „Schles. Volkstz.“ zufolge, den bisherigen konservativen Abgeordneten Kothler wieder aufgestellt.

Zur Wahlbewegung in Oberschlesien. Eine am Freitag in Koslar stattgehabte Versammlung der Vertrauensmänner der Zentrumsparthei stellte als Kandidaten für die Reichstagswahl im Wahlkreise Pleß-Kobniz wieder den bisherigen Abgeordneten Rechtsanwalt Jaktin-Gros-Strehlitz auf.

Der nationalpolnische Wahlverein in Oberschlesien verbreitet im Industriebezirk ein Wahlflugblatt, worin die von der „Gornoslazak“-Partei für den Reichstag aufgestellten Kandidaten, wie folgt, verherrlicht werden.

Alle diese Herren sind ohne Ausnahme Anhänger des polnischen Wahlvereins, dessen Grundzüge sie anerkennen und den sie als die alleinige legale polnische politische Macht Oberschlesiens betrachten.

hat alle seine Versammlungen geleitet. Er ist Mitglied des Aufsichtsrates und gehört zu den Begründern der Benthener Volks- und Bürgervereinsbank und des Engel-Vereins.

Amüsant ist es ja zu lesen, wie der „Gornoslazak“ das Zentrum einschätzt. In seiner Nr. 42 heißt es: Die Wahrheit und das Zentrum -- das sind zwei Dinge, die sich heute nicht miteinander vertragen.

Der allgemeine Krankenaffen-Kongreß findet am Sonntag, den 15. März 1903, Vormittags 10 Uhr, und Montag, den 16. März 1903, Vormittags 9 Uhr, im Lokale „Rote Welt“, Berlin SW., Hasenheide 108/114, statt.

Vorabdrucke des Humboldtvereins. Am Donnerstag, den 5. März cr., Abends 8 Uhr, wird Herr Prediger Völge, im Saale von Casper's Restaurant, Mathiasstraße 36/38, einen Vortrag über das interessante Thema: „Die Entwicklung Japans in neuerer Zeit“ halten.

Die Journalisten von Gullaw Freitag tagen. Am Montag, den 9. März und Freitag den 13. März, 7 1/2 Uhr, sollen im Thalia-Theater zwei Vorstellungen des berühmten Lustspiels „Die Journalisten“ von Gullaw Freitag stattfinden.

Die Zirkus-Bühne. Nach einer glänzenden Saison, welche der Zirkus-Bühne in der Reichshauptstadt durchlebte, verläßt dieser Wirtswelt, den 1. März, Berlin und trifft Vormittags präzis 11,30 Uhr an dem hiesigen Bahnhof an.

Ein weicher Füllhut mit hellem Futter ist gestern Abend im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses veranlagt worden.

Unglücksfälle. Am 28. Februar, Nachmittags, wurde ein Lokomotivführer a. D. auf der Dampfbahn von Unwohlsein befallen und stürzte auf den Bahndamm, wobei er unter einem Expeditionswagen geriet und überfahren wurde.

Lebenswüde. In der Nacht zum 28. v. Mts. machte ein Goldarbeiterlehrling in der Wohnung der Eltern seinem Leben ein Ende, indem er Chankali nahm.

